

# „Schon lange erforderlich“

Harte Diskussion im Glückstädter Hauptausschuss um geplante Übernachtungssteuer

Herbert Frauen

**G**lückstadt ist seit 2011 anerkannter Erholungsort und die Stadt hat keinen ausgeglichenen Haushalt. Das sind die Eckpunkte für die politische Diskussion zur Einführung einer Übernachtungssteuer. Nach dem Haushaltskonsolidierungsgesetz muss die Stadt zur Gewährung von Fehlbedarfszuweisungen überprüfen, welche Ausgaben sie vermindern und welche zusätzlichen Einnahmen sie erwirken kann. Und deshalb befasste sich der Hauptausschuss in seiner jüngsten Sitzung nach dem Wirtschaftsausschuss wieder mit der Vorlage.

Dabei prallten die Argumente wieder einmal hart aufeinander und wieder stand am Ende der Beschluss für den Erlass einer Übernachtungssteuersat-

„Überall zahlt man solche Steuer. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn wir das nicht machen sollten.“

**Krafft-Erik Rohleder, CDU**  
Bürgervorsteher

zung mit sieben Ja-Stimmen von CDU, SPD und Grünen gegen vier Nein-Stimmen von BFG und FDP. Danach soll grundsätzlich pro Übernachtung eine Steuer von zwei Euro erhoben werden.



Glückstadt zieht viele Besucher an. Jährlich übernachten etwa 25 000 Touristen in der Elbstadt.

Foto: Herbert Frauen

Die Einnahmen daraus werden mit 50 000 Euro kalkuliert.

Insbesondere über den Arbeitsaufwand, der mit der Bettensteuer bei den Beherbergungsbetrieben anfällt, und der Erhebung einer Steuer statt einer Abgabe gab es unterschiedliche Einschätzungen. Siegfried Hansen (BFG) wies auf den zusätzlichen Personalaufwand in der Verwaltung hin und favorisierte eine Tourismusabgabe: „Wir brauchen eine zweckgebundene Abgabe, um die Touristinformation im Glückstädter Destination Management zu unterstüt-

zen.“ Fachbereichsleiter Stephan Venner entgegnete, dass eine Tourismusabgabe mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand und einer komplexen Datenerhebung verbunden sei. Die Ermittlung der Abgabepflichtigen und die Festlegung der Bemessungsgrundlagen seien schwierig. Bei der Übernachtungssteuer sei der Verwaltungsaufwand minimal gegenüber den Einnahmen. Außerdem wies er darauf hin, dass „eine Kurtaxe nicht erhoben werden kann, da wir kein anerkannter Kurort sind“. Bürgermeister Rolf Apfeld ergänzte: „Die Bet-

tensteuer ist für uns fast eine Pflichtsteuer, die eigentlich schon lange erforderlich gewesen wäre. Der Arbeitsaufwand bei der Meldung zum Jahresende hält sich für die Beherbergungsbetriebe mit ein bis zwei Seiten in Grenzen.“

Die Überschaubarkeit des Mehraufwandes teilten auch Christine Berg (Grüne) und Marcel Ulrich (CDU). Krafft-Erik Rohleder (CDU) berichtete von seinen Erfahrungen bei Reisen: „Überall zahlt man solche Steuer. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn wir das nicht machen sollten.“ Stefan Goronczy

(FDP) schätzte den Arbeitsaufwand für private Vermietter als größere Belastung ein. Er forderte außerdem: „Warum unterscheiden wir zwischen privaten und beruflichen Reisen, die von der Steuer ausgenommen werden? Der Tourismus gilt doch für alle.“ Auch Volker Schulz (fraktionslos) wollte keine Ausnahmen von der Steuer: „Eine Tourismusabgabe wäre sinnvoller. Aber wenn schon Übernachtungssteuer, dann für alle.“

Die Stadtvertretung wird im Dezember endgültig über den Satzungsbeschluss abstimmen.